

Wer ist als Nächster „ungenügend“?

Lehrer-Benotung bei „spickmich.de“

Die Benotung von Lehrern im Internet wird wohl auch in zweiter Instanz für rechtens erklärt werden. Damit darf die ganze Welt über jeden einzelnen Lehrer urteilen. Dass diejenigen, die mit Noten Druck ausüben können, nun per „spickmich.de“ selbst Gegenstand der Bewertung werden, mag jene freuen, die sich für ihr schlechtes Abschneiden in der Mathearbeit rächen wollen.



Von Claudia Lehnen

Natürlich haben Schüler das Recht, ihren Lehrern eine Rückmeldung zu geben, die zur Verbesserung des Unterrichts beitragen kann. Allerdings sollten die Schüler ihre Meinung dort loswerden, wo sie allein von Nutzen sein kann: in der Schule.

Wenn eine Klasse findet, dass die Geschichtslehrerin zu viel monologisiert, dann kann es ja durchaus vernünftig sein, sie darauf hinzuweisen. Warum aber sollen die Leistungen eines Lehrers in aller Öffentlichkeit bewertet werden? Wer Lehrer wird, hat sich dafür entschieden, viel auf sich zu nehmen. Er ist aber nicht angetreten, eine Person des öffentlichen Lebens zu werden. Genau als solche werden Lehrer in Benotungsportalen behandelt. Es mag noch angehen, in Internetforen darüber zu diskutieren, welcher Politiker zu viel wiegt oder

zu wenig Haare hat. Politiker haben sich aber auch dafür entschieden, Menschen öffentlichen Interesses zu sein. Lehrer nicht. Mit welchem Recht also werden ihre Persönlichkeitsrechte so massiv eingeschränkt? Und – über wessen Coolness-Potenzial wird wohl als Nächstes abgestimmt? Über das der Ärzte, der Kassierer im Supermarkt ...?

Die Richter haben zudem außer Acht gelassen, dass „spickmich.de“ manipulierbar ist. Nicht nur Schüler – alle können sich einen Account zulegen und munter abstimmen – über die Fähigkeiten eines Lehrers, den sie nie bei seiner Arbeit erlebt haben. Wenn mein Lehremachbar mich zurparkt, dann entere ich „spickmich.de“ und verteile Sechsen ...

Diese Art von Qualitätsprüfung wird das Bildungssystem nicht weiterbringen. Wer als Lehrer seine Beliebtheitskurve nicht abstützen sehen will, sollte in die nächste Stunde Witzchen einstreuen. Er muss die dicksten Faulpelze verständnisvoll streicheln, er sollte sich ein schickes Hemd kaufen und abends mit seiner Klasse um die Häuser ziehen. Alles, was deutsche Schüler besser auf den globalen Wettbewerb vorbereitet – anspruchsvoller, fordernder Unterricht zum Beispiel –, sollte er vergessen. Denn dafür gibt es im Spickmich-Profil bestimmt keinen Einser-Regen.

© fm.claudia.lehnen@mds.de

Ein Auf ohne Schwung

Konjunkturprognose verdüstert sich

Die Konjunktur verliert an Dynamik, sagen die Wirtschaftsweisen. Und die Steuerzuschützer ergänzen: Das Plus bei den Steuereinnahmen schwächt sich ab. Beides zusammengekommen bedeutet: Allmählich wird aus dem Aufschwung ein Auf ohne Schwung.

Damit rückt die Frage in den Vordergrund: Wie sorgt die Politik für den fast schon wieder absehbaren Fall vor, dass der Konjunktur-Motor richtig ins Stottern gerät? Erste unguete Vorboten gibt es ja bereits: US-Immobilienkrise, steigender Ölpreis, mehr politische Instabilität von Palästina bis Pakistan.



Von Jochen Loreck

Angesichts dunkler Wolken beieilt sich jeder Landwirt mit dem Einbringen der Ernte. In der Politik – die Konjunktur-Eintrübung vorwegnehmend – müsste eigentlich Ähnliches gelten. Müsste! Stattdessen jedoch steht in der großen Koalition die Entdeckung der Langsamkeit auf dem Spielplan. Es ist eine Bewegung in die falsche Richtung zu konstatieren.

Das konjunkturelle Zwischenhoch brachte Teilerfolge beim Verkleinern von Haushaltslöchern. Doch obwohl das Etappenziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts noch nicht realisiert ist, droht nun bereits eine Rücknahme des Erreichten. Ein Indikator dafür ist, mit welcher Inbrunst über die verlängerte Zahlung des Arbeitslosengelds I debattiert wird. Für den finanziellen Mehrbedarf müsste zwar gegebenen-

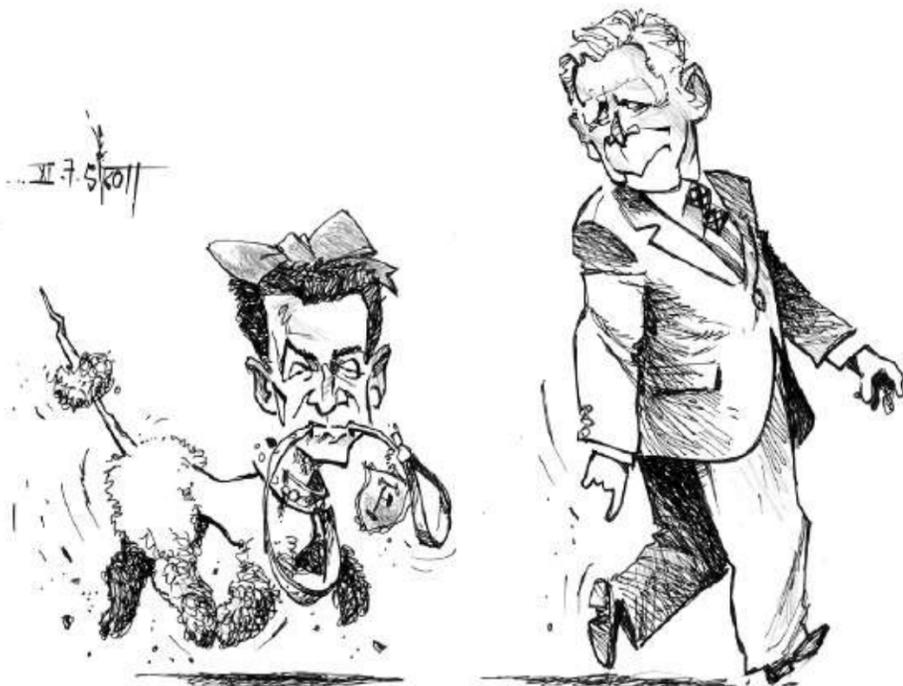
falls die Nürnberger Bundesagentur und nicht die Bundeskasse direkt aufkommen, aber das Signal wäre gesetzt: Es gibt wieder etwas zu verteilen! Angeblich.

Die SPD blinkt ja auch kräftig in diese Richtung – durch Plan-spiele wie etwa: Rente mit 67 abmildern, zur alten Pendlerpauschale zurückkehren, Kindergeld länger zahlen, Hartz-IV-Empfänger besserstellen. Über jedes Thesebahren Fall vor, dass der Konjunktur-Motor richtig ins Stottern gerät? Erste unguete Vorboten gibt es ja bereits: US-Immobilienkrise, steigender Ölpreis, mehr politische Instabilität von Palästina bis Pakistan.

Wahrheit die staatliche Geldpumpe weitergeht.

Auf der anderen Seite die Kanzlerin: Gebetsmühlenartiger erklärt sie, sie wolle im Kampf für mehr Arbeitsplätze und weniger Staatsschulden nicht nachlassen. Das suggeriert Solidarität. Doch zugleich hat die CDU/CSU aus dem Wahlkampf 2005 die Lehre gezogen: Ungeschminkte Problem-Beschreibungen werden vom Wähler nicht unbedingt honoriert. Darum schwankt die Union nun so sehr zwischen Sparbekundung und Ausgabefreudigkeit. Beispiel: Betreuungsgeld. Dieses Hin und Her wie Rohr im Wind lässt alles andere erwarten als geradlinige Regierungspolitik.

© jochen.loreck@mds.de



Der Neue

SKOTT www.berndtaskott.de

HINTERGRUND

Sanktionen als geringeres Übel

Berlin bevorzugt im Atomstreit mit Iran ökonomischen Druck

Das Zeitfenster schließt sich. Der Entscheidungsdruck wächst. Die Ankündigung des iranischen Präsidenten Ahmadinejad, sein Land verfüge jetzt über 3000 Zentrifugen zur Anreicherung von Uran, zeigt, dass alle Bestrebungen der Weltgemeinschaft, den Iran von seinem Atomprogramm abzuhalten, bislang vergeblich waren.

Damit sieht es so aus, als stünde die internationale Gemeinschaft über kurz oder lang vor der Alternative, entweder einen atomar bewaffneten Iran zu akzeptieren oder selbst militärisch gegen das Land der Mullahs vorzugehen. Eine Option, die sich die USA immer offen gehalten haben. An ihrer Seite Israel, das sich von Ahmadinejad direkt bedroht sieht.

Wohl nicht ohne Grund geben sich nun hochrangige Gäste in den USA die Klinke in die Hand. Nach dem türkischen Premier Erdogan reiste Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy nach Washington, an diesem Freitag ist Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Ranch von US-Präsident George W.

Bush in Crawford, Texas, zu Gast. Merkel kündigte bereits an, sie wolle auf eine diplomatische Lösung drängen. Umgekehrt sagt Bush in einem RTL-Interview: „Wir brauchen definitiv die Hilfe Deutschlands bei Problemen wie Iran, damit wir diese Angelegenheit diplomatisch lösen können.“

Man darf unterstellen, dass Deutschland bereit wäre, weitere Wirtschaftssanktionen gegen den Iran mitzutragen. Eine Entscheidung, die nur die EU treffen könnte, nachdem Russland und China abwinken. Einbußen würde dies vor allem für Deutschland und Italien bedeuten, deren Handel mit dem Iran immer noch nennenswert ist. Anders als in den USA, wo es schon seit Jahrzehnten ein striktes Handelsverbot mit dem Iran gibt.

Dieser Schritt wäre jedoch jedem militärischen Vorgehen vorzuziehen. Denn ein Angriff, und sei er auch noch so „chirurgisch“ gegen Atomanlagen geplant, hätte unmittelbar heftige Auswirkungen auf die Sicherheit am Persischen Golf und damit auf den Ölpreis. Der Preis für das

schwarze Gold kratzt heute schon hart an der 100-Dollar-Grenze. Jede neue Gefährdung der Versorgungssicherheit ließe ihn weiter nach oben schießen.

Sorge bereitet vor allem die mutmaßliche Bereitschaft des Regimes in Teheran, eine militärische Auseinandersetzung „asymmetrisch“ zu führen. Selbstmordkommandos, so hieß es immer wieder im Iran, stünden bereit, um den Gegner auf dessen eigenem Gebiet anzugreifen. Eine Taktik, gegen die die USA und ihre Alliierten weder im Irak noch in Afghanistan oder im Nahen Osten ein geeignetes Mittel kennen. Ein Albtraum aus westlicher Sicht wären Angriffe auf den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus. Das Nadelöhr zwischen dem Iran und Oman müssen die Tanker mit dem Nachschub für Europa passieren. Immerhin ein Viertel der globalen Ölversorgung. Dies vor Augen, verlieren Wirtschaftssanktionen, die auch eigene Unternehmen treffen, viel von ihrem Schrecken.

SIBYLLE QUENETT

ANALYSE

Abschied von einer Illusion

Die neue Führungsspitze der IG Metall setzt auf Dialog

Das neue Gesicht der größten Gewerkschaft Deutschland ist eines, mit dem sich viele Hoffnungen verbinden – weit über die eigenen Reihen hinaus. IG-Metall-Vorsitzender Berthold Huber und sein Stellvertreter Detlef Wetzel tragen zu Recht das Etikett Reformer. Beide haben in ihren bisherigen Wirkungsfeldern ausgetramelte Wege der Gewerkschaftspolitik verlassen, die nicht mehr erfolgversprechend waren. Für die Beschäftigten nicht und erst recht nicht für die IG Metall. Nur eine Gewerkschaft, die etwas für Arbeitnehmer erreicht, hält Mitglieder oder gewinnt neue. Hierbei hat die IG Metall unverändert große Probleme. Wäre sie so attraktiv wie früher, müsste sie angesichts gestiegener Beschäftigtenzahlen auch einen Zuwachs an Mitgliedern registrieren.

Das neue Reformer-Duo muss zeigen, dass es die gesamte Gewerkschaft auf neue Wege mitnehmen kann. Huber und Wetzel setzen auf Mitglieder-Beteiligung. Die Arbeitnehmer in den Betrieben sollen selbst die Dinge in die Hand nehmen, wenn es um Lohnprozente, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen geht – unterstützt

von ihrer Gewerkschaft, aber nicht mehr von ihr bevormundet. Mit diesem Konzept könnten sogar große Gewerkschaften, die viele Berufe vertreten, dem Trend hin zu kleinen Splittergewerkschaften von Spezialisten begegnen.

Dieses Verständnis von Gewerkschaftsarbeit ist eine Kulturrevolution. Es ist der Abschied von einer Illusion, von der Allwissen-

Unterstützen, aber nicht bevormunden

heit und der umfassenden Gestaltungsmacht des Gewerkschafts-Apparats. Von betriebsnaher Tarifpolitik sprechen heute fast alle in der IG Metall, aber längst nicht alle verstehen darunter dasselbe. Einige verbinden damit dies: Die IG Metall muss für ihre Aktionen große Bataillone in Betrieben mobilisieren können. Das ist aber keine inhaltliche Beteiligung von Mitgliedern. Setzen Huber und Wetzel ihren Ansatz durch, ist dies ein Richtungswechsel.

Falsch liegt jeder, der an ein leichtes Spiel mit den Modernisier-

ern glaubt. Die Arbeitgeber haben es jetzt zwar mit einer IG-Metall-Führung zu tun, der Ideologien und Klassenkampfprioritäten zuwider sind. Gerade deswegen wird die IG-Metall-Spitze aber auf der Basis größerer Nähe zu Mitgliedern deren Interessen knallhart vertreten. Mit Huber und Wetzel wird betriebsnahe Tarifpolitik für die Arbeitgeber also nicht billiger und nicht einfacher, was diese vielfach glauben. Am Ende deshalb eine Renaissance des Flächentarifvertrages stehen.

In der Auseinandersetzung mit der Politik hat Vorgänger Peters für Krawall gesorgt, jedoch nichts erreicht. Das Duo Huber-Wetzel setzt auf Dialog – so wie die Chemie-Gewerkschaft von Hubertus Schmoldt. Die neue Achse wird den DGB positiv verändern. Das ist bitter nötig, damit die Gewerkschaften wieder zu einem akzeptierten Partner in der Politik werden. Das sind sie derzeit selbst für die SPD nicht, auch wenn die neue Beck-SPD teilweise beim DGB abschreibt – es sind meist nur unverbildliche Überschriften.

GÜNTHER M. WIEDEMANN

Dieser Streik ist alles andere als moderat

Die Streik-Ankündigung der Lokführer-Gewerkschafter GDL ist eine massive Kampfansage. Aber nicht nur an die Bahn, sondern an die Wirtschaft insgesamt. Ein Ausstand im Güterverkehr von fast zwei Tagen wird Produktion und Auslieferung ganz erheblich beeinträchtigen. Die Folgen werden bis in die großen Seehäfen in Belgien und den Niederlanden zu spüren sein. Dort gibt es so gut wie keine Lagerplätze. Stockt der tägliche, ja stündliche Abfluss der Container ins Binnenland – und hier vor allem in die Bundesrepublik, zieht das Störungen nach sich, die weit über das Streikende am Samstag hinausreichen.

Deshalb stellt sich schon die Frage, ob es die GDL mit ihrem Streik im Güterverkehr nicht schwer übertreibt. Zumal sie ja vorige Woche vor dem Landesarbeitsgericht in Chemnitz den Eindruck erweckt hat, nur moderat streiken zu wollen. Danach sieht es aber überhaupt nicht aus.

Dass beide Seiten jetzt erklären, sie seien bereit zu Gesprächen auf der Basis dessen, was die Moderaten Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf vorgeschlagen hatten, ist ein erster kleiner Hoffnungsschimmer in diesem festgefahrenen Tarifkonflikt. Wenn es GDL und Bahn damit tatsächlich ernst meinen, warum sprechen sie dann nicht sofort miteinander, um so den Streik vielleicht doch noch zu vermeiden? Oder will GDL-Chef Manfred Schell erst noch einmal die Muskeln spielen lassen?

Auch Bahnchef Hartmut Mehdorn muss sich Fragen stellen: Einen Brief an die Bundeskanzlerin zu schreiben und sie um Hilfe zu bitten, das ist zu wenig, um den Konflikt zu lösen. Ist Mehdorn etwa mit seinem Latein am Ende?

Es wird Zeit, dass die Bahn zumindest in Ansätzen erkennen lässt, wie sie sich eine Einigung mit den Lokführern vorstellen kann.

GÜNTHER M. WIEDEMANN

Kölner Stadt-Anzeiger

Herausgeber: Alfred Neven DuMont.
Chefredakteur: Franz Sommerfeld.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Joachim Frank.
Chef von Dienst: Björn Schmidt.
Politik/Nachrichten: Wolfgang Brüser; Bille, Dr. Jan W. Brüggemann, Horst Schiffmann; **Städtisches:** Peter Berger; **Sport:** Karlheinz Wagner; **Kultur:** Martin Oehlen; **Wirtschaft:** Jürgen Sussnerberger; **Panorama:** Barbara A. Cepelli; **Magazin:** Ismene Poulakos; **Moderne Zeiten, Reisen:** Petra Pluwatsch; **Chefreporter:** Harald Biskup, Marianne Wichert-Quorin; **Bezirksausgaben:** Ingmar Keller; **Produktion:** Klaus Schröder.
 Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Parlamentsredaktion: Sibylle Quenett (Leitung), Dr. Jochen Loreck, Markus Decker, Stefan Sauer, Berlin; Thomas Wüpper. **Düsseldorfer:** Heinz Tutt, Günther M. Wiedemann (Sozialpolitik).
Auslandsvertretungen: Washington: Dr. Markus Günther; Moskau: Florian Hassel; Brüssel: Thorsten Knuf Werner Baisens; Paris: Hans-Helmut Kohl; Peking: Dr. Harald Maass; Jerusalem: Inge Günther; Rom: Paul Kreiner; Kopenhagen: Dr. Hannes Gamlisch; Madrid: Ralph Schulze; Athen: Gerd Höher; Johannesburg: Frank Räther; Mexico City: Dr. Klaus Ehringfeld; Bangkok: Willi Gemund.
www.ksta.de: Jürgen Oehler.
Redaktionsbeauftragter: Peter Pauls.
Verlagsleiter: Stefan Hiltscher.
Anzeigenleiter: Karsten Hundhausen.
Vertriebsleiter Logistik/Organisation: Günter Schmitz.
Leiter Zeitungsverkauf: Uwe Müller.
Verlagsproduktion: Michael Leehr.
Verlag und Druck: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln; Telefon: Redaktion 0221/224 2524; E-Mail: Redaktion-KSTA@mds.de; Postbankkonto Köln Nr. 250505, BLZ 37010050. – Freitags mit Prisma. Wochenmagazin zur Zeitung. Das Bezugslohn enthält 7% Mehrwertsteuer. Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 9 vom 1. Januar 2007 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandene Manuskripte keine Gewähr. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recyclingpapier verwendet.
Gruppengeschäftsführung: Heinz Kiegele (Sprecher).
 Dr. Eberhard Klein (Stellvertreter, Finanzen)
 Christian DuMont Schütte (Beteiligungen)
 Konstantin Neven DuMont (Redaktionen, Geschäftsbs. Köln)
Abonnement-Service
 Tel. 01802 / 30 32 33, Fax 02 21 / 224 23 32
Anzeigen-Service
 Tel. 01804 / 02 04 00, Fax 02 21 / 224 24 91
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de